

Horb a. N.

Gesetze auch für die digitale Welt

Von Peter Morlok / 3.12.2019 / Schwarzwälder Bote

Thorsten Frei, der frühere Oberbürgermeister von Donaueschingen, der seit Oktober 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags ist und dort seit Dezember 2018 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion agiert, besuchte seine Horber Parteifreunde im Rahmen der Stadtverbandstagung.

Horb. Frei, studierter Jurist, beschäftigt sich in Berlin mit den Fragen zu Recht und Verbraucherschutz, Innenpolitik, Sport und Ehrenamt sowie um Angelegenheiten der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten.

In Horb sprach er am Montagabend über das Thema "Innere Sicherheit". Ein sehr zwiespältiger Themenblock. Auf der einen Seite stellte der Politprofi fest, dass wir derzeit in einem der sichersten Staaten dieser Erde leben, doch vom Extremismus geradezu von allen Seiten umzingelt sind. "Da gab es in der Vergangenheit die Anschläge der NSU oder den Bomben-Anschlag auf das Münchner Oktoberfest", erinnerte er an Mordserien und Terroranschläge. "Doch was wir derzeit erleben, das toppst alles bisher Dagewesene." Als Beispiele nannte Frei den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) oder den Terroranschlag von Halle mit zwei Todesopfern. "Die Gefahr, die bislang von der IS drohte, ist zwar auf militärischer Basis abgeschwächt, jedoch sind weiter, auch deutsche, Fanatiker unterwegs."

Frei betonte zudem, dass die unterschiedlichsten Formen des Terrorismus, die derzeit parallel auftreten, eine Besonderheit darstellen. Dazu zählt für ihn auch die Clan-Kriminalität, die immer stärker um sich greife.

Doch was kann die Bundesregierung tun, um das Grundbedürfnis nach Sicherheit zu stärken? "Wir müssen Straftatbestände neu einordnen", so ein erster Ansatz. Deshalb hat man im vergangenen Jahr als ersten Schritt Wohnungseinbrüche zur Abschreckung als Verbrechen eingestuft und nicht mehr nur als Vergehen. Zudem werden Präventionsmaßnahmen der Hausbesitzer mit öffentlichen Mitteln unterstützt. Mit Erfolg – die Einbrüche wurden weniger. Zur Bekämpfung des Terrorismus, egal, ob von Links, Rechts oder aus der Ecke des Islamismus, hat man mit je 300 weiteren Stellen beim Verfassungsschutz als auch beim Bundeskriminalamt zumindest die Basis für eine bessere Ausgangslage geschaffen.

Insgesamt sei klar, dass es Sicherheit ohne Personal – sprich Polizei – nicht gebe. Mit einem Pakt für den Rechtsstaat will man 7500 Polizisten bei den Ländern und die gleiche Zahl beim Bund einstellen. Doch allein mit der Bereitstellung von Mitteln ist es da nicht getan, so ein kritische Anmerkung von Nordstettens früherem Ortsvorsteher Klaus Bok. "Woher wollen sie

die Leute nehmen?", so seine Frage an den Bundespolitiker. Dass dieser keine wirklich befriedigende Antwort parat hatte, wunderte sicher niemanden der Anwesenden. Niedrige Arbeitslosenquoten und schlechte Arbeitsbedingungen würden die Personalgewinnung nicht leicht machen.

Was die Situation der Polizei in Horb anbetrifft, so bedauern die Landtagsabgeordneten Norbert Beck (CDU) und Timm Kern (FDP), dass das neue Polizeirevier Horb im Investitionsplan des Landes nach hinten gerutscht ist. "Wir haben sowohl den Finanz- als auch den Innenminister angeschrieben, und ich erwarte bis spätestens 19. Dezember eine Antwort. Bei der Verabschiedung von Polizeipräsident Gerhard Regele will ich dazu was hören", Becks klare Forderung.

Doch nicht nur in Punkto Terrorismus und Manpower muss an den Stellschrauben für die Innere Sicherheit gedreht werden, sondern auch die Themenbereiche Jugendstraftaten, bei denen die Strafe auf dem Fuß folgen sollte, einer besseren Ausrüstung in allen Belangen und die Frage: "Sind unsere aktuellen Gesetze überhaupt richtig?", beleuchtete Frei. Deutlich sprach er sich auch dafür aus, dass man die DNA-Analyse ausweitere, dass es ein Verschleierungsverbot vor Gericht gebe, dass Cyber-Grooming, also das gezielte Ansprechen von Kindern und Jugendlichen im Internet, mit dem Ziel der Anbahnung sexueller Kontakte als Straftat qualifiziert werde und dass es den Ermittlungsbehörden stärker möglich sein soll, sich in das Darknet einzuloggen. Auch gegen Hass-Straftaten und Beleidigungen im Internet müsse man schärfer vorgehen, so Frei. "Was in der analogen Welt strafbar ist, das muss auch für die digitale Welt gelten."

Baustellen über Baustellen, doch Bauarbeiter findet man wenige, die für die Sicherheit garantieren, so die Essenz aus dem Vortrag von Thorsten Frei, an den sich noch eine rege Fragenrunde anschloss.